

Gießen im Ersten Weltkrieg¹

LUDWIG BRAKE

„Die Sonne lag heiß auf den Ausstellungsgebäuden der Gewerbeausstellung am Seltersberg. Aus dem runden Musiktempel erklangen muntere Weisen, im ‚Kuhstall‘, der oberhessischen ‚Mädel Bude‘ ging es ausgelassen her, wie immer. In den Gartenanlagen drängten sich die Besucher; weiße, duftige Kleider, hessische Trachten, farbige Studentenmützen gaben ein buntes Bild. Die Jugend machte sich keine Sorgen. Was auch Sorgen, das Leben lag ja vor ihnen und in die Zukunft konnte man nicht sehen“.²

Im Zeitraum von Mai bis August 1914 fand in Gießen, am Seltersberg, auf dem Gelände der ehemaligen medizinischen Klinik und Universitätsbibliothek in der Liebigstraße, die Gewerbeausstellung für Oberhessen und angrenzende Gebiete statt. Eine überregionale Leistungsschau von Industrie und Handwerk, die Besuchermassen von weither nach Gießen zog. Am 3. August sollte sie mit einem offiziellen Schlussakt enden. Das Programm der Veranstaltung stand fest, die Einladungen waren bereits verschickt.



Abb. 1: Gewerbeausstellung-Logo (Stadt AG)

1 Der Beitrag ist eine für den Druck geringfügig überarbeitete Fassung eines Vortrags, der im Frühjahr 2016 beim Oberhessischen Geschichtsverein in Gießen gehalten wurde.

2 GA 1.8.1918, „Vor vier Jahren“

Doch am 1. August teilte die Geschäftsstelle den Ausstellern mit: „Da die Mobilmachung soeben erfolgt ist, wird die Ausstellung sofort geschlossen.

Da die sämtlichen Gebäude zu Lazarethzwecken schon Dienstag eingerichtet werden, müssen sie bis Montag Abend geräumt werden“.³

Auf Befehl des Kaisers war auch für den Bezirk des XVIII Armeekorps der Kriegszustand erklärt worden. Die vollziehende Gewalt ging an den kommandierenden General über. Die Zivilverwaltung und die Kommunalbehörden verbleiben zwar in ihren Funktionen. Sie hatten jedoch, von nun an, den Anordnungen und Aufträgen des Generalkommandos Folge zu leisten.⁴



Abb. 2: Georg Gottfried Wolfgang Mittermaier [o. J.] (Bildarchiv der Universitätsbibliothek und des Universitätsarchivs Gießen HRA 299a)

3 Stadarchiv Gießen, künftig StdtAG L-1447-13.

4 GA 1.8.1914.

Der Sorge, von welcher der größte Teil der deutschen Gesellschaft angesichts der Kriegs-Situation ergriffen wurde, stand eine weitgehende Selbstmobilisierung der bürgerlichen/gebildeten Schichten gegenüber. Die Söhne eilten zu den Fahnen, die höheren Töchter meldeten sich freiwillig zum Sanitätsdienst. Es war wichtig, zu dokumentieren, dass man seinen Teil zum Erfolg der großen deutschen Kriegsanstrengung beitrug. Frauen und Kinder, Jugendliche und Greise, Bürger und Gelehrte taten mit.

Auch die Stadtverwaltung und Gelehrte der Gießener Universität wirkten beispielhaft in die Gießener Gesellschaft hinein, indem sie, wie der geheime Justizrat Prof. Dr. Mittermaier, die Stadtjugend am „Militärgewehr“ ausbildete oder, wenn er in einem öffentlichen Vortrag seine Eindrücke von der Ostfront schilderte, die er bei der Begleitung eines Truppentransports nach dem Osten gewonnen hatte.⁵ Durch mitreißende Schilderungen seiner Frontreisen suchte auch der Gießener Bankdirektor Ludwig Griesbauer die Gießener Jugend und die Daheimgebliebenen für den Kriegseinsatz zu motivieren.⁶

Während so propagandistisch die Kriegsstimmung geschürt wurde, brachte die Verhängung des Kriegszustandes für die Stadt Gießen, wie überhaupt für alle kommunalen Verwaltungen tiefgreifende Veränderungen und Probleme mit sich, die mit Propaganda allein nicht zu lösen waren.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts hatte sich in Deutschland eine moderne kommunale Selbstverwaltung entwickelt, die fast alle Daseinsbereiche ihrer Bevölkerung regeln konnte und wollte. Zudem war sie flexibel genug, auf neue Entwicklungen und Technologien zu reagieren, sie zu integrieren und für sich zu nutzen. Kommunen wie die Stadt Gießen waren nun in der Lage selbst Impulse zu geben, sie konnten Entwicklungen in Gang setzen und so eine relative Bewegungsfreiheit im regionalen Rahmen erreichen.

Der Ausbruch des Krieges änderte die Situation vollständig. Der Krieg drückte der Stadt seinen Stempel auf.⁷ Veränderungen zeigten sich zuerst in äußerlichen Dingen. Bald sah man nun im Straßenbild immer mehr Uniformen, der regulären Truppen und Landsturmänner dann auch Lazarettbewohner, Rekonvaleszenten und Kriegskrüppel.

Ebenso fiel das weibliche Pflegepersonal mit den jeweiligen Uniformen und Häubchen auf. Schließlich wurden auch die Marschkolonnen der Kriegsgefangenen wahrgenommen, die ins Kriegsgefangenenlager geführt wurden oder zu Arbeitskommandos in die Stadt marschieren. Schließlich hatten viele Schaufenster die Dekoration auf Liebesgaben und Dinge aus dem Bereich des unmittelbaren Kriegsbedarfs eingestellt.

5 GA 1915 15. 1. „Am Mittwoch Abend hielt Geh. Justizrat Prof. Dr. Mittermaier seinem zweiten Vortrag über die Eindrücke, die er gelegentlich eines Truppentransportes nach dem Osten gewonnen hatte. Seine interessanten Schilderungen von Land und Leuten und dem Leben unserer Feldgrauen auf dem russischen Kriegsschauplatz wurden mit großem Dank von den Zuhörern aufgenommen“.

6 Ludwig Griesbauer, Aus Front und Etappe, Gießen [1916], UB-Gießen, Nachlass Griesbauer.

7 GA 7.11.1914.

Die Mobilmachung des Militärs und der Reservisten verlief zwar nach einem lange feststehenden Plan und schien, zumindest von außen gesehen, reibungslos zu funktionieren. Doch geriet die regionale Wirtschaft dadurch in eine völlig chaotische Situation. Sie stand vor dem Zusammenbruch.

Vor Kriegsbeginn hatte es keine angemessene Vorausplanung für den Übergang zur Kriegswirtschaft gegeben. Für diesen Prozess gab es keine Vorgaben und so reagierten die Behörden individuell mit einer Vielzahl von dirigistischen Lenkungs- und Kontrollmaßnahmen.⁸

So hatte mit Kriegsbeginn das Stellvertretende Generalkommando des XVIII. Armeekorps zwar die Macht über alle Verwaltungsbereiche in seinem Zuständigkeitsbereich übernommen. Der Kreis Gießen und damit auch die Stadt Gießen wurden nun von einer militärischen Obrigkeit regiert. Unzählige Verordnungen, Erlasse, Vorschriften, Verbote und Reglementierungen wurden für die Umstellung aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche auf die Kriegszeit erlassen; zahlreiche spezielle Kriegsverwaltungsdienststellen eingerichtet.

Die zivilen lokalen, regionalen und Landesverwaltungen wurden jedoch nicht aufgehoben. Im Gegenteil: Sie bestanden weiter und erließen ihrerseits eigene Verordnungen und, um die kriegsbedingten Situationen zu meistern, errichteten sie im Laufe des Krieges immer mehr eigene Kriegsdienststellen.

Oft widersprachen sich die einzelnen Maßnahmen. Verwaltungen begannen zum Teil gegeneinander zu arbeiten. Reichs-Kriegsverwaltung arbeitete gegen Landesverwaltung, Kommunalverwaltung arbeitete gegen Kriegsverwaltung und Landesverwaltung. Auf diese Weise kam ein Verordnungswirrwarr zustande, welcher keinerlei Effektivität mehr zuließ und auf zunehmenden Widerwillen bei der Bevölkerung stieß.

Von der Umstellung auf die Kriegswirtschaft wurde die städtische Wirtschaft insbesondere ergriffen, als urplötzlich hunderte, wenn nicht tausende von wehrfähigen Männern in und um Gießen den Gewerben und der Industrie entzogen wurden. Ein Ersatz dieser Fehlstellen durch neue, frische Arbeitskräfte war überhaupt nicht oder zumindest nicht rasch möglich und so geriet die städtische Wirtschaft in eine bedenkliche Schieflage.

Viele kleinere Handwerksbetriebe und Gewerbe konnten beim Fehlen des Meisters oder einiger Gesellen einfach nicht mehr weitermachen. Sie fielen der Krise zum Opfer. Zudem wurde die Vergabe von Aufträgen zurückgehalten. So verzeichnet die Zahl der Gießener Gewerbebetriebe im Zeitraum von 1913 bis 1920 einen erheblichen Rückgang. Diese Verschiebungen ließen sich im Laufe des Krieges nicht wieder kompensieren. Ein weiterer Bereich des städtischen Wirtschaftslebens war ebenfalls davon betroffen: die große Zahl der weiblichen Handlungsgehilfinnen, Verkäuferinnen und Hausangestellten.

8 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*, München 2008, S. 47.

Gewerbebezüge	1913	1917	Rückgang in %
Bäcker	42	37	11
Baugeschäfte	29	12	58
Friseur/Friseusen	51	36	36
Fuhrunternehmer	21	17	19
Konditoreien	14	4	71
Maler/Weißbinder	41	31	24
Metzger	57	42	26
Obst- Gemüsehandlg.	27	11	59
Schlosser	25	20	20
Schneider/innen	139	62	55
Schreiner	46	37	19
Schuhmacher	90	76	15
Zigarrenfabriken	23	21	8

Diese „außergewöhnliche“ „Unruhe“ äußerte sich unter anderem darin, dass die Gießener Hausfrauen sogleich nach Kriegsbeginn in die Geschäfte stürmten und Hamsterkäufe tätigten in der Erwartung es gäbe bald Versorgungsengpässe. Die Verkaufszahlen bei Mehl, Reis, Kartoffeln, Salz und Zucker stiegen enorm an. Fleischereierzeugnisse, auch der minderwertigen Qualität, fanden ebenso reißenden Absatz.

Diese Situation spiegelt sich auch in den ersten Reaktionen der Gießener Stadtverwaltung auf die neue Situation wider. Natürlich musste sie versuchen, die Lage unter Kontrolle zu bringen. Doch es war ebenso klar, dass sie jeweils nur noch reagieren konnte, dass sie in den Entscheidungsprozessen keine Rolle spielte. Sie konnte lediglich den Versuch machen, die Auswirkungen auf die Stadt abzumildern.

Es war offensichtlich, dass sich die Veränderungen nicht nur auf Teilbereiche der städtischen Wirtschaft und Gesellschaft beziehen, sondern die Stadt insgesamt erfassen würden. So wurde bereits am 3. August in einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten über die zu ergreifenden Maßnahmen beraten.⁹

Viel Konkretes konnte nicht beschlossen werden, denn es gab keinen Plan und keine Vorstellung, was genau auf die Kommune zukommen würde. Der Oberbürgermeister konnte lediglich versichern, dass Maßnahmen „auf den mannigfachsten Gebieten“ ergriffen würden,¹⁰ vor weiteren Hamsterkäufen warnen, sowie die Geschäftsinhaber und Händler ermahnen, keine Preistreiberei in Gang zu setzen. Zusätzlich warb er um Vertrauen in das Banken- und Währungssystem. Die Gießener hatten nämlich unvermittelt damit begonnen, ihre Konten abzuräumen und das umlaufende Papiergeld wurde vielfach von Gießener Geschäftsleuten nicht mehr akzeptiert. Schließlich sicherte die Stadtverordnetenversammlung dem

⁹ GA 1.8.1914 u. 3.8.1914, vgl. StdtAG N 2866.

¹⁰ GA 3.8.1914.

Oberbürgermeister einen größeren Handlungs- und Entscheidungsspielraum für die kommenden Herausforderungen zu. Danach ging sie in die Sommerpause.¹¹

Was danach kriegsbedingt an Strukturen und Organisationen im Zuständigkeitsbereich der Gießener Stadtverwaltung während der folgenden Jahre entstand, wurde mit dem Begriff „Kriegsfürsorge“ umschrieben. Die Aktivitäten der Kommunen wurden vielfach ausgelöst, als sich herausstellte, dass die bestehenden gesetzlichen Regelungen nicht nur veraltet, sondern auch nicht annähernd in der Lage waren die durch den Krieg entstandenen Notlagen und Missstände zu mildern und die neu entstandenen Bedürfnisse zu befriedigen. Eine Zusammenfassung aller kommunalen und gesellschaftlichen Kräfte schien daher geboten.

Für die Stadtverwaltung Gießen bedeutete dies, dass sie ihr Aufgabengebiet weit über die bisher versehenen Gebiete hinaus ausdehnen musste. Im Zuge dieser eigenständigen Aufgabenerweiterung entstand eine Vielzahl von Einrichtungen, welche die Kriegsfolgen abmildern sollten. Da die Bedarfslücken nicht von vorneherein bekannt waren, und erst in Abhängigkeit von Kriegsdauer und Kriegsverlauf auftraten, wurde immer nur von Fall zu Fall nach Lösungen gesucht.

Diese Entwicklungen waren nicht nur in Gießen wahrzunehmen, sondern sie vollzogen sich in fast allen deutschen Städten. So hat Hans Drüner in seiner 1934 erschienen Studie „Schatten des Weltkrieges. Zehn Jahre Frankfurter Geschichte“ für Frankfurt die nachfolgenden ganz ähnlichen Beobachtungen gemacht: „Wie aber der riesengroße Aufgabenkreis der städtischen und privaten Kriegshilfe im einzelnen verteilt, wie die verschiedenen Arbeitsgebiete der verschiedenen Vereinigungen, die sich in der Kriegsfürsorge zusammenschlossen, gegeneinander abgegrenzt werden sollten, blieb noch einige Zeit im Unklaren; verschiedene Vorschläge rangen um die maßgebende Geltung (...). Hätte man auch nur entfernt mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet, so würde der methodische Sinn, der dem Deutschen einmal eigentümlich ist, auch hier mindestens einen festen Rahmen fertiggestellt haben, in den sich die einzelnen Vereinigungen im Ernstfall sofort einfügen konnten. So aber entstanden hier die Gliedorganisationen, ehe der Gesamtorganismus da war; jede wuchs selbständig auf ihrem eigenen Boden empor, so wie das jeweilige Bedürfnis dieses Wachstum förderte; es läßt sich denken, dass ihre Vereinigung hinterher nicht reibungslos vonstatten ging. (...) Das Ergebnis (...) war schließlich die Entstehung einer reich gegliederten, weit verzweigten Organisation, die fast die gesamte Bevölkerung in ihren Bereich zog insofern sie entweder aktiv – helfend und mitwirkend – oder passiv - als hilfsbedürftig – an ihr beteiligt war.“¹²

In Gießen hatten sich die neuen Aufgaben für die Gießener Stadtverwaltung teilweise sofort mit Kriegsbeginn gestellt, oder sie hatten sich nach den Konjunkturen des Kriegsverlaufes aus den jeweils veränderten Lagen entwickelt. Die so geschaffenen Strukturen und Einrichtungen der Kriegsverwaltung überzogen schließlich die ganze Stadt.

11 GA 3.8.1914.

12 Hans Drüner, Im Schatten des Weltkrieges. Zehn Jahre Frankfurter Geschichte, Frankfurt 1934, S. 72-73.

Die Kommunalverwaltung unterstützte, förderte und koordinierte diese Einrichtungen zwar alle, doch konnte sie längst nicht überall als Träger der geschaffenen Einrichtungen auftreten.

Eine Aufgabe, die über die gesamte Kriegszeit bestehen blieb und eine erhebliche Arbeitsbelastung mit sich brachte, war die Unterbringung und Einquartierung von Soldaten, die auf dem Durchmarsch in Gießen Station machten. Dazu gehörten auch die „unzähligen Kommandos und Begleitmannschaften von Kriegsgefangenen“ die ebenfalls untergebracht werden“ mussten.



Abb. 3: Soldaten vor dem Gießener Bahnhof (StdtAG Nachlass Bieler)

Auch hier war in erster Linie die Stadt gefordert, weil die Militärunterkünfte anderweitig belegt waren und von ihrer Kapazität her für die unterzubringenden Menschenmassen nicht ausreichten. Die Stadt richtete hierfür ein Einquartierungsamt ein. Da die vorübergehenden Einquartierungen nur teilweise angekündigt wurden, sehr viel häufiger aber überraschend kamen, war die Stadt hier immer wieder erneut bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gefordert.

So werden in den Akten einige dieser Einquartierungsaktionen geschildert. Im November 1914 „kamen plötzlich 2000 wehrpflichtige junge Leute aus Schlesien an, die (...) in der Stadt untergebracht werden sollten. Um 9 Uhr vormittags wurden sie in langem Zug nach dem Oswaldsgarten geleitet. Es dauerte unter Heranziehung einer Reihe von Hilfskräften bis 2 Uhr, bis endlich die Namen aller festgestellt werden konnten. Die meisten mussten ihren Namen auf Zettel schreiben,

da die oft polnischen Namen sonst nicht verstanden oder gar aufgeschrieben werden konnten. Die Einquartierung dieser Leute hatte erhebliche Schwierigkeiten, konnten sie sich doch nicht in schmuckem Feldgrau vorstellen, denn der Abtransport in Schlesien musste zum Teil erfolgen, gerade wie sie aus der Werkstatt oder Grube kamen. Es war deshalb nicht Wunder zu nehmen, dass manche unserer sonst opferwilligen Hausfrauen doch stutzte, ob des ihr zugeteilten neuen Kostgängers. Nach vielem Reden und Zureden, wenn nicht anders, auch unter Anfahren von schwerem Geschütz in Form eines Schutzmannes, gelang es auch hier, die jungen Leute alle unter Dach zu bringen. Die Stadtverwaltung konnte sich nicht dazu verstehen, diese jungen Menschen, die nach langer Eisenbahnfahrt in ungeheizten Wagen durchfroren und hungrig hier ankamen, in Massenquartieren auf Stroh unterzubringen, wie dies allerdings in anderen Städten erfolgte¹³.

Mit der Unterbringung allein war es nicht getan. Die Soldaten, dies galt auch für einen Teil der Verwundeten und Rekonvaleszenten, brauchten Aufenthaltsorte, wo sie sich aufwärmen, sich unterhalten und einfache Erfrischungen zum Selbstkostenpreis erhalten konnten. Um diesen Bedürfnissen entgegenzukommen richtete Gießen, wohl als eine der ersten Städte in Hessen, bereits im Dezember 1914 im unteren Stockwerk des Café Ebel ein „Soldatenheim“ ein.

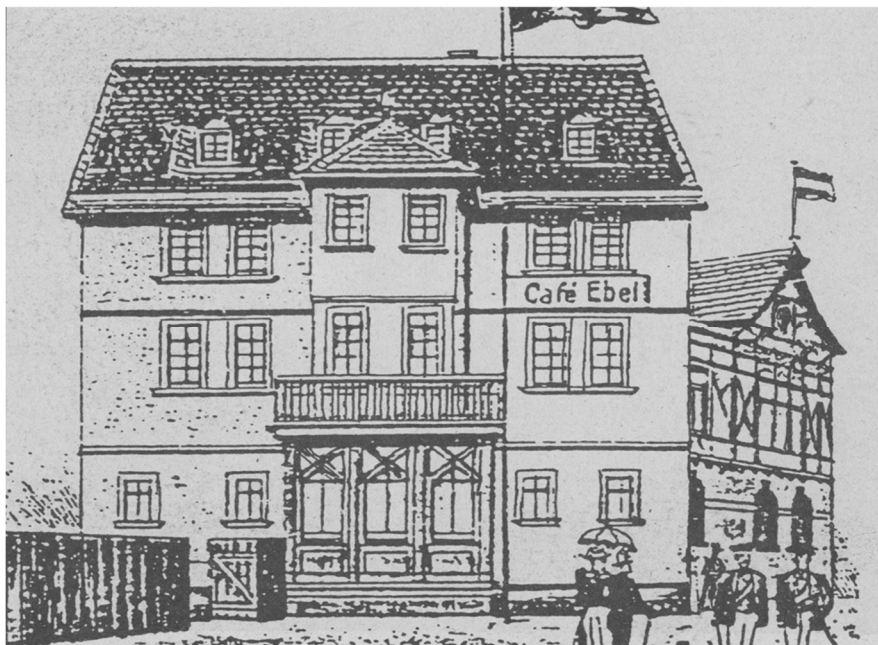


Abb. 4: Café Ebel im Burggraben (StdtAG)

Später kamen noch weitere solcher Einrichtungen hinzu. Dort fanden Militär-angehörige dann auch Lesestoff in den kleinen, dort eingerichteten Bibliotheken.

¹³ StdtAG L 387-3

Getragen wurde die Einrichtung durch freiwillige Helfer, Spenden aus der Bevölkerung und durch finanzielle Zuwendungen der Stadt.

Schon unmittelbar nach Beginn des Krieges, im August 1914 wurde ein „Kriegskinderhort“ oder „Kriegskindergarten“ eingerichtet. Er war zur Aufnahme von Kindern bis 14 Jahren bestimmt, wenn deren Mütter sie nicht beaufsichtigen konnten, weil sie kriegsbedingt einer gewerblichen Beschäftigung nachgehen mussten. Dies betraf jedoch nur Mütter, die sich neu in dieser Situation befanden. Kindern, die bereits in einer Einrichtung angemeldet waren, blieb der Zutritt zum Kriegskindergarten verwehrt. Im Grunde gleichzeitig entstand ebenfalls im August 1914 eine „Volksküche“, in der „Scharen von Kindern, (...) familienlose Männer“ und auch bedürftige Familien, deren „Ernährer im Felde“ stand zu billigen Preisen Suppe essen konnten.¹⁴ Das Fortbestehen dieser Einrichtung sicherten Geld- und Naturalienspenden sowie Zuwendungen aus dem städtischen Sozialetat. Im Oktober 1914 erhielten bereits 600 Familien dort einen Teil ihrer Tagesverpflegung.¹⁵

Zu diesem Zeitpunkt litt die Kommune noch nicht unter Lebensmittelmangel. Dennoch war es zu so starken Preissteigerungen gekommen, dass die Stadt sich genötigt sah einzugreifen. Schon Ende August 1914 drohte der neu ins Amt gewählte Oberbürgermeister Karl Keller dem Gießener Lebensmittelhandel mit einer Preiskontrolle durch Festsetzung von Höchstpreisen für Grundnahrungsmittel.

Die Versuche zur Regulierung der Preise und die Errichtung von Volksküchen und Kriegskindergärten griffen bereits in den Bereich der allgemeinen Fürsorge für die Familien der Eingezogenen ein. Die Maßnahmen wurden ausgeweitet. Um den entstehenden Notlagen zu steuern, errichtete die Stadt Anlaufstellen für Bedürftige und begann damit, Zuschüsse zu der staatlich gezahlten Kriegsunterstützung zu geben, weil diese sich als viel zu niedrig erwiesen.

Sie half aber auch in anderen Notlagen. Oftmals keimte die Hoffnung auf, dass durch den Kriegszustand die allgemein gültigen Vertragsverhältnisse aufgehoben seien, Schulden wurden nicht mehr beglichen, Kreditverträge nicht mehr bedient und Mieten nicht mehr gezahlt. Gerade in diesem Bereich wirkte insbesondere der Oberbürgermeister durch wiederholte Appelle dahin, die drohenden Folgen abzuwenden, indem er darauf drängte, dass alle Betroffenen ihren patriotischen Pflichten nachkamen und weiterhin regelmäßig ihre Mieten zahlten.

Seine Ermahnungen richteten sich aber ebenso an die Vermieter und Kreditgeber, die Situation nicht auszunutzen. Die bestehenden Verträge und Verbindlichkeiten einzuhalten muss „als Patriotische Pflicht aller bezeichnet werden“, betonte er, denn Nachlässigkeiten auf diesem Gebiet würden das gesamte Wirtschaftsleben schädigen.¹⁶

Zur Förderung der städtischen Wirtschaft ging die Stadtverwaltung sogar noch einen Schritt weiter. Um insbesondere das Baugewerbe und Handwerk in Gang zu halten, warb die Stadtverwaltung bei der Bevölkerung darum, gerade in diesem Bereich Aufträge nicht zurückzuhalten.

14 GA 24.10.1914

15 GA 24.10.1914.

16 GA 20.8.1914.



Abb. 5: Karl Keller, Oberbürgermeister in Gießen 1914-1934 (StdtAG)

Und die Stadtverordnetenversammlung beschloss einstimmig: „dass alle öffentlichen Arbeiten in Gießen, besonders aber die Staatsbauten, die in Angriff genommen sind, fertiggestellt werden und, dass die in Aussicht gestellten Arbeiten

in Gießen in Angriff genommen werden, damit Arbeit und Verdienst für Handwerk und Gewerbe geschaffen wird.“¹⁷ Die Stadtverwaltung widersetzte sich damit sogar einer ausdrücklichen Weisung der Landesregierung, die zu Kriegsbeginn die Einstellung aller öffentlichen Arbeiten angeordnet hatte.¹⁸

Weiterhin begann die Stadtverwaltung zum Ausgleich der immer mehr spürbaren Kriegsfolgen mit Tätigkeiten auf Gebieten, wo sie in den vorhergehenden Jahren noch keine Aufgaben für sich gesehen hatte. Um die Versorgung der Gießener Bevölkerung mit Brot und Mehl sicherzustellen, untersagte der Oberbürgermeister die Abgabe von Brot und Mehl nach außerhalb der Stadt Gießen.¹⁹ Und als sich die Ernährungslage verschärfte, beschloss das Stadtparlament die Einführung von Brotmarken. (Frühjahr 1915 Rationierung von Brot im Reich) Für die korrekte Ausgabe der Brot- und Lebensmittelkarten fanden im Vorfeld intensive Erhebungen statt. In Gießen wurde im Frühjahr 1915 zur rationellen und gerechten Brotverteilung eine Personenstandsaufnahme angeordnet. Lehrer und Polizeibeamte führten die Zählung der geschätzt 6800 Familien bzw. Einzelhaushalte durch und erhoben die aktuellen Daten. Nur gezählte Haushalte wurden schließlich bei der Brotzuteilung berücksichtigt.²⁰

Die Organisation der gesamten Lebensmittelversorgung übernahm das für die Kriegszeit eingerichtete Lebensmittelamt in der Ostanlage 39. Unter anderem wurde von hier aus, aufgrund der erhobenen Bevölkerungsdaten, die Ausgabe der gesamten Lebensmittelkarten geregelt und so jeder einzelnen berechtigten Person in der Stadt die ihr zustehenden Kartenkontingente zugeteilt. Ausgegeben wurden diese Karten in festgelegten, über die Stadt verteilten, Ausgabestationen. Mit den Karten konnten dann die rationierten Lebensmittel in den für die einzelnen Wohnbezirke zugelassenen Geschäften gekauft werden, bei denen man jeweils gemeldet sein musste. Damit wurde die Not verwaltet.²¹

Im Bestreben Verbesserungen für die Ernährung ihrer Bevölkerung zu erreichen, ging die Stadt allerdings noch weit darüber hinaus. Sie errichtete Dörranlagen, in der Gemüse und Früchte durch Trocknung haltbar gemacht wurden. Diese Einrichtung konnten auch Bürger nutzen um eigenes Obst zu dörren. Am Schlachthof lockerte sie die Richtlinien für die Abgabe von Freibankfleisch zum Verkauf an die Bevölkerung.²² Unter dem verschärften Diktat der Verordnungen zu Rohstoffeinsparungen führte die Stadtverwaltung im Sommer 1915 das Gießener K-Brot ein.

17 GA 30.9.14.

18 GA 30.9.14. GA 1914 1.10.

19 GA 10.2.1915; GA 15.2.1915.

20 GA 5.3.1915.

21 GA 1915 20.2.; GA 1915 12.3.

22 GA 1916 28.8. und 27.10., GA 1916 21.6. Dörranlage GA 1916 27.10.



Abb. 6: Teller mit Aufdruck: Besser „K.“ Brot als „kaa“ Brot! (Sammlung Katzenmeier)

Dabei handelte es sich nicht um das durchaus übliche Kommissbrot, sondern um eine eigene Gießener Kriegsbrotvariante, die aus einer Mischung von 40% Weizen-, 45% Roggen- und 15% Kartoffelmehl hergestellt wurde. Die erforderlichen Rohstoffe erhielten die lizenzierten Bäcker von der Stadt. Abwandlungen des Rezepts wurden je nach Versorgungslage vorgenommen.²³

Angesichts der kritischeren Rohstoff-Lage sahen sich die Gießener mit immer mehr Ersatzstoffen konfrontiert, die an die Stelle der früher gewohnten Lebensmittel traten.

Butterersatz wurde angepriesen, bestehend aus: 63,9% Wasser, 17,1 % Butterfett, 2,5 % Salz, 13,6 % Kartoffelmehl.²⁴

Der Lederersatz „Erreicht“: erwies sich als feste, gegen Wasser ziemlich widerstandsfähige Platte aus imprägnierter und gewalzter Pappe. Schlagsahneersatz in Pulverform bestand aus Puderzucker und getrocknetem Hühnereiweiß, parfümiert mit Vanilin was ebenfalls ein Ersatzstoff war. Der Eierersatz „Hühnchen“ erwies sich als gelbes Pulver aus gelbgefärbtem Maismehl und der Salatölersatz bestand aus 98,5 % Wasser, 1,5 % festen Stoffen sowie aus gelatinierenden Substanzen. Die Stadtverwaltung musste im gleichen Maße wie Ersatzstoffe eingeführt wurden, intensiv vor verfälschten, schädlichen und sogar gefährlichen Lebensmittelerersatzstoffen warnen.²⁵

Eine andere Art von Ersatzstoff war das ab 1917 in Umlauf gebrachte Kriegsnotegeld. Weil immer mehr Münzen wegen ihres Metallgehaltes aus dem Umlauf genommen wurden, entstand ein akuter Bedarf an Kleingeld. Daher trat die Stadt

23 GA 1915 28.1.; GA 1915 4.6. Beleg für Gießener K-Brot.

24 GA 1916 29.3. GA 1915 6.3.

25 GA 1916 19.5., GA 1916 14.4.; GA 1918 23.9. und GA 1918 22.10.

Gießen nun auch noch als Herausgeberin von Zahlungsmitteln auf. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss den Druck „von zunächst 100.000 Gutscheinen à Fünfzig Pfennig als Notgeld“. Die Emission der Scheine wurde der Gießener Filiale der Mitteldeutschen Kreditbank übertragen.²⁶ Die Akzeptanz der neuen Scheine ließ jedoch zu wünschen übrig. Einige Gießener Geschäfte weigerten sich schlicht, das neue Zahlungsmittel zu akzeptieren.²⁷

Eines der Hauptgebiete, in die sich die Stadtverwaltung während des Krieges immer weiter einmischte und einmischen musste, war Kontrolle der Lebensmittelversorgung der Stadt. Sie errichtete 1916 die kommunale Preisprüfungsstelle, die darüber zu wachen hatte, dass die gesetzlichen oder von der Stadt festgesetzten Höchstpreise für Lebensmittel nicht überschritten wurden. Das städtische Lebensmittelamt seinerseits wachte unter anderem über die abzugebenden Fleischkontingente und kontrollierte deren Abgabe an die Verbraucher.²⁸

Sodann blies die Stadt Gießen zu einer wahren Mobilmachung in der Küche, indem sie z. B. Koch- und Kühlkisten propagierte, einen billigen Kriegsmittagstisch²⁹ in den ärmeren Stadtvierteln organisierte und ab 1915 sogar allgemeine „fleischlos Tage“ einführte. Da konnte es schon einmal geschehen, dass sich um die Mittags- und Abendessenszeit die Haustür oder Küchentür öffnete und ein Polizist eintrat mit der Bemerkung: Bitte lassen sie sich nicht stören; ich wollte nur einmal nachsehen, was heute zu Mittag (oder Abend) gegessen wird! ?. – Es ist wegen der fleischlosen Tage! Sie dürfen doch heute kein Fleisch“ zubereiten.“³⁰

Ein wegen der immer weiter um sich greifenden Reglementierungen und Kontrollen genervter Zeitgenosse machte dazu die Bemerkung in der Zeitung: „Ja, wer uns das vor einem Jahr erzählt hätte, daß das Auge des Staates sogar in die Kochtöpfe gucken werde (...). Und nun ists doch Wahrheit, wie so manches andere Ungeahnte.“³¹

Ungeahnt war für die meisten Gießener wohl auch die Verwendung von Trockenfisch auf ihrem Speiseplan. Die Stadtverwaltung warb zusammen mit dem Aliceschulverein in öffentlichen Vorträgen für „Kriegsfischkost“.³² Die Tatsache, dass die Verwendung von Stock- und Klippfisch hier intensiv beworben wurde, deutet darauf hin, dass die Gießener diese Form der Eiweißnahrung nicht ohne weiteres annahmen. Im Laufe des Krieges, als die Eiweißversorgung immer schwieriger wurde, wuchs jedoch die Akzeptanz von Trockenfisch.³³

Die Tätigkeit der Stadtverwaltung erstreckte sich auf immer neue Gebiete, indem sie z. B. als Aufkäufer und Anbieter von Lebensmitteln auftrat.³⁴ So stieg

26 GA 11.4.1917.

27 GA 12.7.1917.

28 GA 1916 7.10. GA 1917 24.5., Fleischkontingente; GA 1.9.1917 Lebensmittelamt.; GA 1915 25.10. GA 1917 30.8. Preisprüfungsstelle.

29 GA 4.11.1915.

30 GA 1915 6.11. Die Politik des Kochtopfs.

31 GA 6.11.1915.

32 GA 7.2.1915.

33 GA 7.2.1915.

34 GA 1916 21.6. An- und Verkauf von Lebensmitteln.

die Stadt in den Gemüsehandel ein und versuchte die private Gemüseproduktion zu zugunsten der städtischen Verkaufsstellen anzuregen. In Bekanntmachungen hieß es: „Die Stadt Gießen ist bereit, Landwirten und Gartenbesitzern, die sich verpflichten, mindestens die Hälfte ihrer Gemüseernte an die Stadt oder an einen von ihr beauftragten Aufkäufer abzugeben, durch Lieferung von Samen und Gemüsepflanzen zu unterstützen und außerdem bei Anbauflächen, die mehr als ein Viertel Hektar Gemüseland ausmachen, bei Ablieferung der Erträge eine Anbauprämie vom M 10,- für ein Viertel Hektar zu gewähren. (...) Zum Anbau kommen in Betracht: Weißkraut, Rotkraut, Wirsing, Blumenkohl, Butterkohl, Kohlrabi und Gelberüben.“³⁵

Die städtische Verkaufshalle, wo die Stadt die von ihr aufgekauften Waren anbot, befand sich im alten Schulhaus in der Neustadt. Dort wurden auch Eier angeboten und Schweinefleisch umgeschlagen. Ebenso fand hier der städtische Dauerwurstverkauf statt, der Verkauf von Büchsenfleisch, die Käseverteilung sowie der Öl- und Fettverkauf.³⁶

Ziel dieser Maßnahmen war, die enormen Preissteigerungen für die eigene Bevölkerung nach Möglichkeit abzumildern. Und die günstigen Lebensmittelangebote der Stadt lösten regelmäßig einen Massenandrang unter den Gießenern aus.

„Es war wieder einmal ein einziges Vordrängen, Drücken und Schieben, wo nur der Stärkere sich den Vortritt verschaffen konnte. Schwächere, empfindliche Leute und Kinder dürften sich nicht in dieses Gedränge wagen. Der Türschließer, unterstützt von zwei Schutzleuten, war kaum imstande, diesem Ansturm der Käufer standzuhalten.“³⁷

Schließlich begann die Stadt auch mit einer eigenen Schweinemast, für deren Begünstigung der Oberbürgermeister zu einer strikten Mülltrennung aufrief, um dadurch Futtermittel für die städtischen Schweine zu gewinnen.³⁸ Gleichzeitig förderte die Stadt auch die Schweinezucht bei ihren Bürgern und genehmigte während der Kriegszeit die Haltung von Schweinen auch im nichtlandwirtschaftlichen Rahmen recht freimütig.

Der Schuliener der Stadtknabenschule, Wilhelm Decher, erhielt die Genehmigung während der Kriegszeit hinter der Turnhalle der Stadtknabenschule einen provisorischen Schweinestall zu errichten. Als Beschwerden der benachbarten Gewerbeschule, des Säuglingsheims und eines Lazarets wegen der üblen Gerüche und der Unruhe der Tiere eingingen, wurde die Genehmigung nicht widerrufen und Decher lediglich zu regelmäßiger Reinigung des Stalles aufgefordert.³⁹

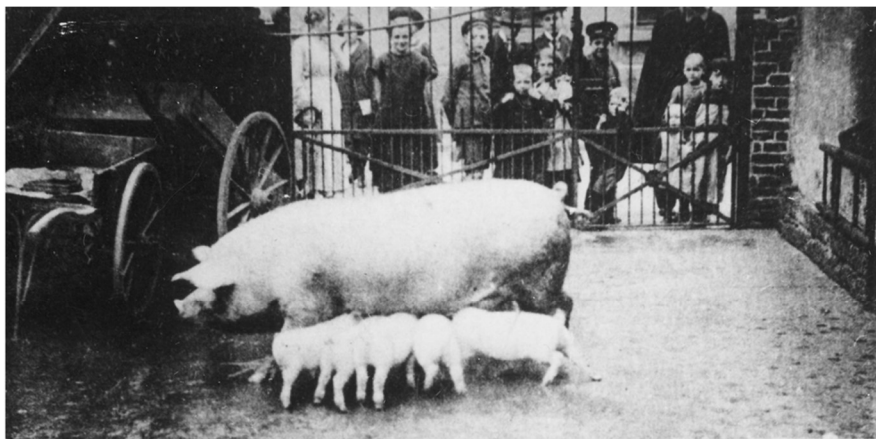
35 StdtAG L 331 – 8.4.1916.

36 GA 11.4.1916; 22.4.1916.

37 GA 10.7.1915.

38 GA 3.2.1915; GA 2.3.1915.

39 StdtAG L 243, 19.2.1914.



**Die Ferkel und das große Schwein,
Wer solche hat, der kann sich freuen.
Im Preise sind gestiegen sie,
Sie kosten Marken wie noch nie.**

**Sechs Wochen sind sie heute alt,
Sind schon gezählt fürs Vaterland.
Herr Trinkaus füttert und gibt
ihnen Schrot,
Damit das Vaterland hat keine Not.**

Abb. 7: Postkarte zur Ernährungssituation im Ersten Weltkrieg (Stdt.AG)

Auch die Familie Köhlinger aus der Wetzsteinstraße kaufte sich zum Herbst 1916 ein Schwein und brachte es auf seinem Anwesen unter. „Wir hatten unserem Schwein einen feinen Stall zurecht gemacht in die Waschküche, das hat nicht jedes Schwein 3 Fenster im Stall. Der reinste Salon war es und das Schwein war sehr schön ruhig, hat den ganzen Tag geruht und gefressen, es war schneeweiss also gar kein richtiges Schwein“.⁴⁰ Dieses Schwein war ordnungsgemäß beim städtischen Lebensmittelamt angemeldet. Bei Erreichen der Schlachtreife musste die Familie Köhlinger einen Teil des Fleisches für die Allgemeinheit abgeben.

Auf die Verbesserung der Lebensmittelversorgung zielte auch eine weitere Kampagne, die von der Stadt aufgegriffen und nach innen stark propagiert wurde. Es handelte sich um die Nutzung aller brachliegenden Geländereserven zum Anbau von Gemüse.

Dies sollte insbesondere den ärmeren Stadtbewohnern bei der Versorgung mit frischen Lebensmitteln helfen. Damit setzte in Gießen eine Entwicklung ein, die ihre Spuren deutlich erkennbar im Stadtbild bis heute hinterlassen hat. Es entstanden Kleingartenanlagen.

So hat z. B. der Kleingärtnerverein Lahntal e. V. 2015 sein 100-jähriges Bestehen gefeiert. Er geht somit auf die Zeit des Ersten Weltkrieges zurück.⁴¹

40 StdtAG 84/174-III, Nr. 26. Die Familie Köhlinger begann ab September 1916 mit der privaten Schweinehaltung.

41 Die Propagierung von Gartenanlagen zu Behebung der Volksarmut hatte schon am Ende des 18. Jahrhunderts eingesetzt und so waren insbesondere seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die Bewirtschaftung von Kleingärten als Mittel zur Linderung der Armut in der Arbeiterklasse gesehen worden.

Dieses Gärtnern als zusätzliche Lebensmittelversorgung war in Gießen schon seit dem 19. Jahrhundert propagiert worden. Sehr viel Erfolg hatten die Versuche, hier ein Kleingartenwesen oder Kleingartenkolonien ins Leben zu rufen nicht gehabt - jedenfalls soweit bisher bekannt ist. Dies lag daran, dass viele alteingesessene Familien traditionell zur Selbstversorgung bereits Gartenland auf der Gemarkung bewirtschafteten. Auch im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts blieb die Werbung des „Zentralverbands der deutschen Arbeiter- und Schrebergärten“ in Gießen ohne Resonanz.⁴²

Erst im Laufe des Weltkrieges mit der schwieriger werdenden Lebensmittelversorgung sollte sich dies ändern. Doch geschah dies nicht sofort. Schon im ersten Kriegsjahr, in Herbst 1914 wurde die Nutzbarmachung des Kleingartenwesens in der Kriegsfürsorge propagiert. Das von der Kommunalverwaltung gemachte Angebot, städtisches Gelände in Gartenanlagen umzuwandeln wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht genutzt.⁴³

Ende 1914 hatte die Stadt an der Licher Straße etwa 50 eingefriedete Gärten mit einer Größe von um die 300 qm angeboten. Jede Parzelle verfügte über ein Hüttchen und die Anlage war überdies durch einen eigens angelegten Abzweig von der Hauptwasserleitung an die Wasserversorgung angeschlossen. Weiterhin wurde erwogen gegenüber der Militärschwimmanstalt, rechts der Lahn, weitere Kleingärten anzulegen.

Doch auch diese Offerten blieben ohne guten Erfolg. Die Stadt pries die Parzellen an wie Sauerbier: „In der Kriegszeit muß jedes Stück Land nutzbringend verwandt werden, und da an guten und schön gelegenen Nutzgärten in Gießen gerade kein Überfluß ist, sollte mancher Familienvater die von der Gemeinde in so anerkennenswerter Weise gebotene Gelegenheit ergreifen, selbst Gemüse und gegebenenfalls auch einiges Obst (Johannisbeeren, Stachelbeeren usw.) zu ziehen. Es kann daher nur nochmals recht eindringlich auf das Unternehmen hingewiesen und Interessenten gebeten werden, sich möglichst bald in der Bürgermeisterei (...) zu melden. (...) In größeren Städten sind die vor den Toren der Stadt gelegenen sogenannten „Lauben“ ungemein begehrt und oft für Jahre hinaus vermietet; möchte doch auch hier in Gießen diese für die Volksgesundheit und Volksernährung so segensreiche Einrichtung allmählich Anerkennung finden!“⁴⁴

42 Unter dem Aspekt der Volkswohlfahrt wollte diese Vereinigung das Kleingartenwesen fördern denn sie versprach sich hiervon eine Milderung der Schäden, die durch die mangelhafte Wohnungssituation der unteren Schichten hervorgerufen wurden. Es bestand die Hoffnung, die „wirtschaftliche Lebenshaltung breiter Volksschichten so zu verbessern, daß selbst kinderreiche, bedürftige Familien der Armenverwaltung nicht zur Last fallen. Dazu kommt, daß durch den Gartenaufenthalt die Männer vom Wirtshausbesuch abgelenkt, die Kinder dem verderblichen Einfluß der Straßen und Höfe entzogen und (...) der Sinn für eigene Betätigung bei jung und alt geweckt“ würde. Doch blieb dies in Gießen ohne erkennbare Resonanz. StdtAG L 1367.

43 GA 19.12.1914.

44 GA 19.12.1914.

Anlegung und Verpachtung städtischer Gärten.

Bei der städtischen Verwaltung ist angeregt worden, das an der Räder Straße zwischen dem Bahnübergang und dem Waldeingang vor der Ziegenzuchtstation gelegene städtische Gelände zu etwa 50 eingefriedigten Gärten in der Größe von je etwa 300 qm anzulegen und dabei für eine bequeme Wasserversorgung dieser Gärten durch eine Abzweigung von der dort vorüberführenden Wasserleitung zu sorgen.

Weiter ist die Anlegung von etwa 12 solcher eingefriedigter Gärten auf dem städtischen Grundstück am Wismarer Weg rechts der Bahn, gegenüber der Militär-Badeanstalt, angeregt worden.

Die landwirtschaftliche Deputation ist nicht abgeneigt, der gegebenen Anregung näher zu treten. Bevor sie jedoch in eine eingehende Prüfung über die Ausführbarkeit und Zweckmäßigkeit der mit erheblichen Kosten verbundenen Anlage dieser Gärten eintritt und diesbezügliche Anträge bei der Stadtverordneten-Versammlung stellt, wünscht sie Feststellungen darüber, in welchem Umfange ein Bedürfnis nach solchen Gärten bei der hiesigen Einwohnerschaft besteht.

Besitzer solcher Gärten werden daher hiermit aufgefordert, in den Geschäftsräumen des Oberbürgermeisters – Zimmer Nr. 15 – bis spätestens 1. Januar 1915 ihre Absicht zur Pachtung eines derartigen Gartens gegen die hierfür festzusetzende Pacht auf die Dauer von mindestens 5 Jahren zu erklären. [11904B]

Der Lageplan kann daselbst eingesehen werden.

Abb. 8: Stadt bietet Kleingärten an (Gießener Anzeiger 11.12.1914)

Argumente, die 1914 noch nicht verfangen, scheinen im Laufe des Krieges, mit fortschreitender Lebensmittelknappheit doch an Plausibilität gewonnen zu haben. Bereits ein Jahr später, im November 1915 konnte eine andere Bilanz gezogen werden. Der Chronist des Gießener Anzeigers beschreibt unter dem Titel „Eine neue Gartenkolonie in Gießen“, wie sich die Einstellung der Bevölkerung geändert hatte: „Leider konnte man die Jahre her in unseren Gärten die Wahrnehmung machen, dass sie mangelhaft bebaut wurden und nur geringe Erträge brachten. Der Krieg hat nun die Erkenntnis zum Durchbruch kommen lassen, was von einer vorteilhaften Ausnützung und durch eine sachgemäße Bestellung des Bodens für unser Volk abhängt“.⁴⁵

Unter diesen gewandelten Vorzeichen kam es nun zur erfolgreichen Gründung einer städtischen Gartenbaukolonie rechts der Lahn am Wismarer Weg. Sie bestand aus 14 Parzellen, auf denen jeweils ein Gartenhäuschen stand.⁴⁶ Kurze Zeit danach setzte sich der Stadtverordnete Georg Simon – er war gleichzeitig Landwirt und Vorsitzender des Obst- und Gartenbauvereins – für ein ähnliches Projekt ein.

⁴⁵ GA 13.11.1915.

⁴⁶ GA 13.4.1915.

Der Verein pachtete eine Fläche von ca. 14.000 qm hinter der Gail'schen Wollspinnerei rechts der Lahn. Dort sollten 48 Gärten entstehen. Wasserschöpfstellen wurden an der Lahn angelegt, und Brunnen sorgten für Trinkwasser. Diese Anlage war eine Zeit lang als „Simonsgärtchen“ bekannt.⁴⁷

In der Ludwigsuniversität liefen die Gedanken in ganz ähnliche Richtung. Auf Veranlassung des Rektors, Prof. Dr. Robert Sommer entstand auf einem bis dahin brachliegenden Gelände zwischen dem Sekretariat und der neuen Aula ein Studentengarten. Die Anlage solle einerseits der körperlichen und geistigen Erholung der Studenten dienen, dann aber auch im Interesse der Bestrebungen zu Verbesserung der Volksernährung dienen. Deshalb wurde ein beträchtlicher Teil des gärtnerisch angelegten Geländes zum Gemüsebau verwendet.

Durch diese Maßnahmen wurde eine allgemeine Anbaufläche gewonnen, daneben aber auch eine Reihe von kleineren Anbauflächen abgeteilt, die für einen billigen Preis an einzelne Studenten abgegeben wurden.⁴⁸ Auch Garten- oder Brachflächen vor der Aula und auch die neue Anlage entlang der Ludwigstraße wurde in diese Arbeiten einbezogen. Aus den Ziergärten wurden „Kriegsgärten“.⁴⁹



Abb. 9: Kriegsgefangene legen einen Garten auf dem Universitätsgelände an (Bildarchiv der Universitätsbibliothek und des Universitätsarchivs Gießen)

47 GA 13.11.1915. Vermutlich ist dies genau das Gelände, auf dem sich heute der Kleingartenverein Lahntal e. V. befindet.

48 GA 20.4.1915.

49 GA 21.4.1915.

Möglicherweise war Gießen die erste Universität, die solche Einrichtungen geschaffen hat.⁵⁰ Zu diesen Bestrebungen der Universität gehörten auch die Anlegung weiterer Nutzgärten, die Haltung von Ziegen und Zuchthasen sowie die Umwidmung von Sportstätten zu Kartoffeläckern.⁵¹

Die Mobilisierung an der Gemüsefront ging noch weiter. Eine von der Gattin des Geheimrats Wilhelm Gail gestiftete Broschüre „Praktische Ausnutzung des Hausgartens“ motivierte zu weiteren Anstrengungen.⁵² Und auch hier kam die „Allzweckwaffe“ an der Heimatfront erneut zum Einsatz: die Gießener Schuljugend. Neben Frauen waren insbesondere die jüngeren Jahrgänge der Schüler in die Kriegsanstrengungen mit einbezogen. Sie wurden zu vielfältigen Sammlungstätigkeiten eingesetzt: Zur Sammlung von Edelmetallen, zur Suche nach Arzneipflanzen. Sie sammelten Spinnstoffe, Gummibälle und -schuhe, Fahrradschläuche, Radiergummis und Papier, Frauenhaar für Dichtungen im U-Boot-Bau, Bucheckern zur Ölgewinnung, Brombeer- Erdbeer- und Himbeerblätter als Teeersatz. Pferdeäpfel sammelten sie als Dünger und Laubheu als Viehfutter.⁵³

Nun wurde der Hilfsdienst der Schuljugend auch für die Garten- und Gemüsefront mobilisiert: „Warum sollte da die Arbeitswilligkeit unserer Schuljugend nicht für Gießen nutzbar gemacht werden! Gießen ist eine Gartenstadt und die Zahl der Kleingärten hat sich im Kriege erheblich vermehrt. Da gibt es jetzt zu graben, zu pflanzen und schön zu gießen. Frauen, die im Haushalt oder in Berufen beschäftigt sind, können der dringlichen Arbeit nicht allein Herr werden. Aber unsere Schuljugend kann sich hier bei gesundem Aufenthalt in Licht, Luft und Sonne große Verdienste um die Volksernährung erwerben. Die Beschäftigung der Schüler in den Gärten der Stadt hat noch den erheblichen Vorteil, daß der regelmäßige Schulunterricht dadurch nicht unterbrochen zu werden braucht, denn die Schüler können ihre Tätigkeit auf die Nachmittags- und Abendstunden verlegen und die Schule wird ihre Ansprüche an häusliche Schularbeiten gerne danach bemessen. (...) Sie kann, während sie draußen arbeitet, auch eine Art von Feldpolizei ausüben und somit dem Überhandnehmen von Gartendiebstählen steuern. (...) Mancher, der den Spaten zum ersten Male in die Hand nimmt, wird sich nicht gerade geschickt erweisen. Jugend ist gelehrig, und wo guter Wille ist, da findet sich auch ein Weg, sich nützlich zu machen. (...) Damit soll aber nicht gesagt sein, daß ein Gartenbesitzer sich seiner kleinen Hilfskraft nach emsiger Arbeit nicht durch einen kleinen Imbiß oder durch einige Gartenfrüchte, die er ihr mitgibt nicht erkenntlich zeigen dürfte. Einen unerheblichen Geldbetrag, es handelt sich um wenige Pfennige, muß der Arbeitgeber zu einer Unfallversicherung während der Gartenarbeit an die Schule abführen.“⁵⁴

Weil man seit Ende 1916 eine noch weitere Verschlechterung der Versorgungslage befürchtete, gingen die Planungen noch sehr viel weiter und hätten bei einer

50 GA 20.4.1915.

51 Vortrag Trude Maurer beim Oberhessischen Geschichtsverein im Winterhalbjahr 2015/2016.

52 GA 12.2.1916.

53 Liebigschule, Schulbericht 1916, Der Krieg, S. 4-5.

54 GA 2.5.1917.

Realisierung des Gießener Stadtbild vollständig verändert. Ernsthaft wurde in der Stadtverordnetenversammlung, angesichts der bestehenden und noch weiter zu erwartenden Kartoffelknappheit erwogen, alle Mittel anzuwenden, um möglichst viele Frühkartoffeln in die Erde zu bringen und möglichst viel Frühgemüse anpflanzen zu können. Dies bedeutete „Freimachen von allem nur verfügbaren Gelände und Abgabe dessen an bedürftige Familien, besonders auch Kriegerfrauen“. Dazu sollten die gesamten städtischen Anlagen und städtische Wiesen aufgeteilt und als Anbauflächen für die Bevölkerung bereitgestellt und abgegeben werden.⁵⁵

Um einem Schock bei der Bevölkerung vorzubeugen argumentierte der Stadtverordnete Heinrich Winn: „Manchem wird wohl der Schrecken in die Glieder fahren, wenn er hört, dass die städtischen Anlagen ihres Grasschmucks beraubt werden sollen, auch hier und da ein kleines Blumenbeet erhalten muss; allein in der jetzigen Kriegszeit, in der man auf so vieles gern verzichtet und gern alle Unbequemlichkeiten trägt, kann man jedenfalls auf kurze Zeit auch einmal auf den schönen Schmuck eines Teils unserer Anlagen verzichten“.⁵⁶

Winn plante noch weitere Eingriffe: „Ich möchte aber noch weiter gehen und unserer Bürgerschaft empfehlen, einmal auf den sonst so schönen Blumenschmuck ihrer Häuser zu verzichten und an Stelle dessen die Blumenkästen, Vorgärten und jedes geeignete Plätzchen am Hause mit Bohnen, Salat und anderen Nahrungsmitteln zu bepflanzen. Die Garteneinfriedigungen können recht gut mit Erbsen und Bohnen versehen werden. Ebenso sollte man das Anpflanzen mit Ölsamen tunlichst veranlassen. Jeder, der Ölsamen pflanzt, gleichgültig wie viel, hat bis zu 60 Pfund für seine Familie frei. 60 Pfund geschlagener Samen gibt für die Familie auf ein Jahr genügend Öl. Wer ein Stück Land zur Verfügung hat, soll es mit Raps aussäen und wenn es auch nur so groß ist, dass er die ihm zustehende Menge Samen frei erhält. Nur wenn die Volksernährung auf möglichst breite Grundlage gestellt wird, wenn jeder an seinem Teil mithilft, und sich nicht auf die Versorgung durch Kommunalverbände und Stadtverwaltung verlässt, kann in der Lebensmittelversorgung Erleichterung eintreten“.⁵⁷ Ebenso wurde vorgeschlagen die Bahndämme und Weg- und Wiesenraine zu bepflanzen.⁵⁸

Wie weit die Maßnahmen an der Gartenfront gehen konnten, zeigt ein Vorfall, der sich Anfang 1917 ereignete. Im Zuge der 1917 staatlich verordneten „Sicherung der Ackerbestellung“ bei der sämtliche Garten- und Ackerflächen in Anbauflächen umgewandelt werden mussten, erhielt Prof. Schlesinger, Bergstraße 15,

55 StdtAG L 331 – 16.1.1917.

56 StdtAG L 331 – 16.1.1917.

57 StdtAG L 331 – 16.1.1917. 19.1.1917 Vorschläge Winns wurden jedoch nicht umgesetzt, als die Actienbrauerei 8 Grabstücke und in der Schwarzlach ca. 12 Morgen Wiesengelände bereitstellte. Dort sollten weitere 60 bis 70 Gartenstücke entstehen und der Verein für Rasenspiele bot seinen von der Unionbrauerei gepachteten Sportplatz (17000 qm) an der Rodheimer Straße ebenfalls zur landwirtschaftlichen Nutzung an. Die Stadt entschied sich daher dafür erst diese Ressourcen auszunutzen, ehe andere, weitergehende Maßnahmen ergriffen würden.

58 GA 14.6.1916.

eine Anzeige. Er hatte sich geweigert, sein Gartengrundstück zu bestellen, weil man ihm keine Kriegsgefangenen dafür abkommandieren wollte.⁵⁹ Erst als man ihm amtlicherseits eine Frist für die auszuführenden Arbeiten setzte, kam er der Aufforderung nach. Nun ließ er die Arbeit durch leicht verwundete deutsche Soldaten ausführen.⁶⁰

Die amtlich verordnete Umwandlung von Acker- und Gartenflächen in Gemüseanbauflächen stellte den Höhepunkt dieser Entwicklung dar. In Gießen, wo bis zu Kriegsbeginn noch keine Kleingartenanlagen existiert hatten begannen nun auch die Kleingärten ihren Einzug zu halten. Da sich die soziale Situation ebenso wie die Ernährungslage auch mit Kriegsende nicht rasch änderte, blieben diese Kleingartenanlagen nicht nur erhalten, sondern sie wurden im Laufe der 20er und 30er Jahre erweitert. Ebenso nahm ihre Anzahl zu. Heute finden sich auf der Gießener Gemarkung mehr als 10 Anlagen der immer noch begehrten Gartenparzellen. Doch haben sich nicht nur die Kleingartenanlagen über die Zeit des Weltkrieges hinaus erhalten.

Auch andere Strukturen, die im Krieg entstanden haben sich als dauerhaft erwiesen. Es hatte sich schon bald nach Kriegsbeginn gezeigt, dass die Beaufsichtigung der Gießener Jugendlichen nicht mehr funktionierte. In den Schulen gab es häufig Unterrichtsausfälle, durch Personalmangel oder andere kriegsbedingte Ursachen. Daheim fehlten ebenso vielfach die familiären Bezugspersonen, weil Väter an der Front und Mütter an der Arbeit waren. Kinder und Jugendliche blieben daher oft unbeaufsichtigt und schon bald, bereits ab 1915, mehrten sich die Klagen über streunende Jugendliche, über Unbotmäßigkeiten, kleineren kriminellen Delikten bis hin zu Straftaten.

Dies wurde von Journalisten genau beobachtet: „Der Krieg darf nicht dazu führen, daß unter unserer Jugend das einreißt, was viele schon Verwilderung der Jugend genannt wissen wollen. (...) Langsam und allmählich wächst sich die unbeaufsichtigte Jugend hier und an anderen Stellen zur Landplage aus, die frisch gefüllten Löcher in der Straße werden aufgerissen, friedliche Spaziergänger, Kinder und Hunde mit Steinen beworfen, Fenster zertrümmert usw. Greift auch einmal einer der Belästigten zur Selbsthilfe und versorgt eine Bubenkehrseite kräftig mit Pfeffer und Salz, so macht das doch nur vorübergehend Eindruck. Weniger schulfrei und strengere Beaufsichtigung könnte gerade in der Jetztzeit nichts schaden, wo die Väter fehlen und die Mütter selbst einer Beschäftigung nachgehen, sich also um ihre Kinder meist kaum kümmern können. In der Dunkelheit sollte überhaupt Kindern streng verboten sein, sich auf der Straße herumzutreiben. Zu erwägen wäre auch, ob es nicht möglich ist, in den freien Stunden für die Jugend Beschäftigungskurse einzurichten“.⁶¹

Auch der häufige Einsatz von Schülern bei Sammelaktionen oder die Einbeziehung in kriegsvorbereitende Übungen bot keine Entlastung. Die Situation ver-

59 StdtAG L 331 – 27.4.1917.

60 StdtAG L 331 – 30.4.1917.

61 GA 16.11.1915

schärfte sich bis zum dritten Kriegsjahr ständig und man sprach von einer Jugendverwahrlosung und die erschreckende Zunahme der Jugendkriminalität, beschäftigte immer öfter die Gerichte. Da sporadische und jeweils anlassbezogene Reaktionen auf diese Probleme keine Besserung brachten, entschloss sich die Stadt schließlich im Mai 1918 zur Gründung eines Jugendamtes. Sie schuf damit einen neuen Zweig in der kommunalen Sozialverwaltung, in dem alle bisher für jugendliche tätigen Einrichtungen und Sozialdienste in einem eigenen Sachgebiet, der Jugendfürsorge, zusammengefasst wurden.⁶² Diese Einrichtung bestand nach Kriegsende fort und es war nicht die einzige Veränderung, die auch über den Krieg hinaus Bestand hatte.

Die Stadtverwaltung Gießens hatte sich bedingt, durch Veränderungen in der vierjährigen Kriegszeit, in einigen Bereichen gewandelt. Durch die Auswirkungen des Krieges waren die Kommunen gezwungen auf Gebieten tätig zu werden, die bisher nicht zum Spektrum der klassischen Verwaltungstätigkeit gehört hatten oder für die jedenfalls keine Verwaltungsstrukturen vorgesehen waren. Die Kriegs-Notwendigkeiten, welche die Stadt veranlassten, sich insbesondere im Bereich der sozialen Absicherung und Versorgung ihrer Bevölkerung zu engagieren, bewirkten, dass während des Krieges der Verwaltungszweig der Gießener kommunalen Sozialverwaltung begann sich auszudifferenzieren.

War der Bereich der sozialen Fürsorge bisher ein eher sekundärer Teil der kommunalen Verwaltung gewesen, so änderte der Krieg dies vollständig. Während noch im Jahr 1913 keine eigene Verwaltungsstruktur für diese Aufgabe vorhanden war, begann nach dem Krieg ein tiefgestaffeltes städtisches Sozialwesen seinen Anfang zu nehmen. Aus den während des Krieges zusätzlich übernommenen Aufgaben, entstanden in Gießen bis 1925 das städtische Wohlfahrtsamt mit seinen Untergliederungen: der Allgemeinen öffentlichen Fürsorge, der Winterhilfe, der öffentlichen Gesundheitsfürsorge unter anderem für Kriegsinvalide, der Jugendfürsorge, der Armenfürsorge, der Fürsorge für Flüchtlinge sowie die Volksgärten und das Wohnungsamt.

Wer dachte, der Krieg sei mit Ende der Kampfhandlungen und der Unterzeichnung der Friedensverträge zu Ende, sah sich getäuscht. Lange Zeit wirkten die während des Krieges entstandenen Notlagen weiter in die Weimarer Republik hinein. Und so schrieb Christine Köhlinger aus der Wetzsteingasse zu Weihnachten 1923 in ihr Tagebuch: „Wenn man mal in die Stadt geht, dann kann man nur Tausender mitnehmen. Das Biertrinken können sich die Menschen ganz abgewöhnen. (...) Diese Woche stand in dem Anzeiger, dass die letzten Gefangenen begnadigt und endlich aus Frankreich zurückgekehrt seien. (...) Fast ein Jahr ist verflossen und ich wollte [eigentlich] nichts mehr in dieses Buch schreiben. Denn es eckelt einen an, der Schwindel, Teuerung und Noth. Voriges Jahr dachte man schon der Höhepunkt wäre erreicht mit der Teuerung. Aber wir haben uns geirrt, der Mensch denkt und Gott lenkt. (...) Wir hatten einen schönen Sommer. Die Ernte war gut (...). Jeden Tag bin ich ins Feld und habe Ähren gelesen. (...) In der größten Sonnenhitze bin ich hinaus und war es mir wohl, als ich in der freien Natur war. Man

62 GA 27.5.1918, GA 20.8.1918.

vergaß dann auch einige Stunden ganz das Leid und den Kummer, worin wir leben. Ein Stückchen Brod in der Tasche und ein bisschen Obst, welches dann gut schmeckte. Obst hatten wir auch ziemlich bekommen. Frühobst aber keine Äpfel. Dann kam ein sehr nasser Herbst mit einer sehr großen Überschwemmung, 25.-30. Oktober, so dass die Kartoffel nicht geerntet werden konnten. (...) Die Hungersnot bleibt diesen Winter nicht aus. Allen Menschen sieht man dieses Schreckgespenst, den Hunger, schon an. Viele Fabriken und große Werke sind stillgelegt, infolge dessen sind sehr viele arbeitslos. Aber es gibt auch sehr viele Arbeitsscheue und Gesindel (...) und das Stehlen und Schwindeln sind an der Tagesordnung. Kohlen gibt es keine mehr zu kaufen. Und das Holz ist kaum zu erschwingen. Ich gehe immer mittwochs in den Wald mit einem kleinen Wagen und hole mir Holz. (...) Viele reiche Leute, welche ihr Geschäft an den Nagel gehängt hatten und glänzend leben konnten sind jetzt arm und arbeiten wie gemeine Tagelöhner um ihr Leben zu fristen und erhalten Unterstützung. Denn ihr Geld ist nichts mehr, infolge der Geldentwertung. (...) In allen Städten sind Sammlungen und Wohlfahrtshilfe für die Armen und Erwerbslosen eingeleitet. Auch ist diese Woche [eine weitere] Volksküche eröffnet worden, vorerst im Siechenhaus, alles gestiftet und gesammelt, um den Hunger zu steuern. Große Armut herrscht auch unter den vornehmen, verschämten Armen, welche sich früher schönes Geld gespart hatten und jetzt nichts mehr haben infolge der Geldentwertung. Wer früher 1 Million hatte, war Millionär und konnte zehnmal leben. Und jetzt bekommt er ein kleines Schächtelchen Streichhölzer davon, aber heute nicht mehr. Ein Schuhnagel kostet 1 Million“.⁶³

63 StdtAG 84/174-III, Nr. 26.